

ACHTUNG: Der Teilnahmeantrag ist verpflichtend elektronisch über <https://www.vergabeportal.at/Account/Login?ReturnUrl=/Procurement/List> abzugeben.

Architekturwettbewerb „Campus Rotkreuz Lustenau“ Teilnahmeantrag

Nicht offener Realisierungswettbewerb mit EU-weiter Bekanntmachung und Teilnehmerauswahl mit nachfolgendem Verhandlungsverfahren im Oberschwellenbereich für die Vergabe von Architekturplanungsleistungen gemäß dem Bundesvergabegesetz 2018 i.d.g.F.

Ausloberin:

Marktgemeinde Lustenau
Rathausstraße 1
6890 Lustenau

Gegenstand des Wettbewerbes:

Erlangung von Vorentwürfen für die Sanierung/Erweiterung der Volksschule und des Sonderpädagogischem Zentrums Rotkreuz bzw. den Neubau eines Kindergartens

Ende der Einreichfrist für die Teilnahmeanträge auf der Plattform

<https://www.vergabeportal.at/Account/Login?ReturnUrl=/Procurement/List>:

22.Jänner 2019, 12:00 Uhr. Verspätet eingereichte Teilnahmeanträge werden nicht berücksichtigt.

Einlangen des Teilnahmeantrages:

Der Teilnahmeantrag muss vollständig ausgefüllt, rechtsgültig unterfertigt und zusammen mit den geforderten Beilagen spätestens bis zum Ende der Einreichfrist auf der Plattform einlangen.

Abgabeort:

Der Teilnahmeantrag ist auf Basis der gesamten Unterlagen des Auftraggebers zu erstellen und **digital über das Ankö-Vergabeportal** innerhalb der Teilnahmefrist einzureichen. Das Risiko der Rechtzeitigkeit des Einlangens im Verfügungsbereich des Auftraggebers trägt der Bewerber.

Eine Abgabe in Papier oder per Post oder digital über andere Medien ist nicht erlaubt und führt zur Nichtberücksichtigung des Antrages.

Verfahrensorganisator:

gruber locher architekten
 Dipl.-Ing. Gerhard Gruber
 Weiherstraße 3/15
 A-6900 Bregenz
 T: +43/5574/46963
 F: +43/5574/46963-6
 E: gruber@gruberlocher.com

Support Vergabepattform ANKÖ

Der Support für die Vergabepattform erfolgt durch ANKÖ:
 Hotline: +43 (0)1/333666-0
 E-Mail: vergabesupport@ankoe.at
www.ankoe.at

Inhaltsverzeichnis

1	Allgemeine Angaben zum Wettbewerb	Seite 3
1.1	Gegenstand des Wettbewerbs	Seite 3
1.2	Beschreibung der Bauaufgabe	Seite 3
1.3	Energetische und ökologische Qualität des Bauvorhabens	Seite 5
1.4	Technische Angaben	Seite 6
1.5	Voraussichtliche Realisierungstermine	Seite 6
1.6	Verfügbarkeit des Auftragnehmers	Seite 6
1.7	Wettbewerbsphasen	Seite 6
1.8	Absichtserklärung	Seite 6
1.9	Rechnungsgrundlagen	Seite 7
1.10	Wettbewerbssprache	Seite 7
1.11	Geheimhaltungspflicht	Seite 7
1.12	Allgemeine Hinweise	Seite 8
1.13	Kooperationsvermerk der Kammer der Architekten und Ingenieurkonsulenten	Seite 8
1.14	Wettbewerbstermine	Seite 8
1.15	Zusammensetzung des Preisgerichtes	Seite 9
1.16	Vorinformation zur Einreichung der Wettbewerbsarbeiten	Seite 10
2	Eignungskriterien und Nachweise	Seite 11
2.1	Ausschlussgründe	Seite 12
2.2	Nachweise der Befugnis, der finanziellen, wirtschaftlichen und Technischen Leistungsfähigkeit	Seite 13
2.3	Nachweise von Referenzen	Seite 13
2.4	Berbergemeinschaften	Seite 14
3	Teilnehmerauswahl – Auswahlkriterien (1.Phase)	Seite 15
3.1	Einreichen der Teilnahmeanträge	Seite 15
3.2	Auswahlkriterien	Seite 16

1 Allgemeine Angaben zum Wettbewerb

1.1 Gegenstand des Wettbewerbs

Erlangung von Vorentwürfen für die Sanierung/Erweiterung der Volksschule und des Sonderpädagogischem Zentrums Rotkreuz bzw. den Neubau eines Kindergartens.

1.2 Beschreibung Bestand/Bauaufgabe

a) Bestand

Volksschule

Errichtung 1967, Architekturbüro C4, Bregenz

Erweiterung Westtrakt, Eternitfassade und Satteldächer, 1985, Arch. Elmar Keckeis

Das Gebäude der Bregenzer Architekten C4 ist ein bedeutendes Beispiel für innovativen Schulbau in Vorarlberg. Das Gebäude wurde im Lauf der Zeit durch verschiedenste Maßnahmen stark verändert und überformt. Im Vorfeld dieser Wettbewerbsausschreibung gab es eine grundlegende Diskussion über die Erhaltenswürdigkeit und Nutzbarkeit des Gebäudes. Bereits im Jahr 2008 wurden von Architekt Helmut Kuess Varianten für eine Fassaden-sanierung erarbeitet. Im Zuge der unmittelbaren Wettbewerbsvorbereitung wurde anhand einer Entwurfsstudie und auf Grundlage des aktuellen Raumprogramms nachgewiesen, dass die Gebäudestruktur - unter Beibehaltung der wesentlichen Konzeptionsmerkmale - für eine aktuelle pädagogische Nutzung adaptierbar ist.

Die Marktgemeinde Lustenau bekennt sich zum baukulturellen Erbe dieser Schule und beabsichtigt, das Bestandsgebäude der Volksschule Rotkreuz im Sinne der ursprünglichen Gestaltung durch das Büro C4 umzubauen und zu sanieren.

Sonderpädagogisches Zentrum

Errichtung 1997/98, Architekt Dieter Gross

Kindergarten

Errichtung 1964, Architekt Elmar Keckeis

Zubau 1996, Architekt Dieter Gross

Der bestehende Kindergarten ist zum Abbruch bestimmt.

b) Aufgabenstellungen

Aufgabenstellung Volksschule

Die bestehende Volksschule soll als Clusterschule umstrukturiert und durch fehlende Lernnebenflächen, Flächen für Mittags- und Nachmittagsbetreuung und Verwaltungsflächen ergänzt werden.

Die bestehende Turnhalle der Volksschule wird abgebrochen und durch den Neubau einer Doppeltturnhalle ersetzt.

Aufgabenstellung Sonderpädagogisches Zentrum

Die Klassen der Unterstufe sollen in die Clusterstruktur der Volksschule integriert werden. Für die Klassen der Oberstufe ist ein getrennter Unterrichtsbereich zu schaffen.

Aufgabenstellung Kindergarten

Neubau eines Kindergartens mit 6 Gruppen.

Aufgabenstellung Sondernutzungen Kindergarten und Schule

Neben der Kindergarten- und Schulnutzung sind weitere - als eigene Schließbereiche zu organisierende - Funktionsbereiche zu schaffen.

- Therapieräume
- Elternberatung
- Produktionsküche für ca. 1.000 Essen (Versorgung auch anderer Bildungseinrichtungen) in Lustenau
- Tiefgarage

Luftbild Lustenau Rotkreuz



1.3 Energetische und ökologische Qualität des Bauvorhabens

Die Marktgemeinde Lustenau ist Mitglied im e-5-Gemeindeprogramm und dem Klimabündnis und bekennt sich zur ökologischen Nachhaltigkeit. Die Marktgemeinde Lustenau verfolgt bei der Realisierung von Bauvorhaben die Minimierung des Massenstromes, der grauen Energie, des Treibhauspotenzials sowie des Schadstoff- und Chemikalieneinsatzes allgemein. Auch bei der Planung (Wettbewerb) des Campus Rotkreuz sollen diese Prinzipien beachtet werden.

Für die Erweiterung und Sanierung des Campus Rotkreuz ist eine hohe energetische und ökologische Qualität ein ausdrückliches Ziel und eine konkrete Anforderung an die Planer. Um die im Kommunalgebäudeausweis (<http://www.umweltverband.at/bauen/kommunalgebäudeausweiskga/>) angestrebte Punktezahl von 850 Punkten zu erreichen, sind folgende Zielsetzungen zu beachten

Zielsetzungen

- Errichtung der Hülle mit Passivhauskomponenten -> energetisch optimierter Entwurf und optimierte Konstruktion, Kompaktheit, Fenstergröße und -orientierung, Wärmeschutz der Gebäudehülle etc. Für die opaken Bauteile der Gebäudehülle sollen U-Werte von 0,10 bis 0,12 W/(m²K), bei erdberührten Bauteilen bis 0,15 W/(m²K) angestrebt werden.
- Verwendung einer energie- und kosteneffizienten mechanischen Lüftungsanlage. Vom Bauherr ausdrücklich gewünscht sind auch „Hybridlüftungssysteme“ (Sicherstellung eines Grundluftwechsels mit zusätzlicher Fensterlüftung bei hoher Belegung).
- Low-Tech Lösungen bevorzugen: Das bedeutet, dass alle Funktionen, die mit feststehenden Bauteilen erfüllt werden können - anstatt mit Haustechnikkomponenten - mit diesen gelöst werden sollen. Hierzu gehören Wärmeschutz, Schutz vor sommerlicher Überhitzung, Lüftung, Nachtauskühlung und Belichtung.
- Das Gebäude wird in der Bauphase und vor Bezug auf seine Luftdichtheit überprüft und muss einen Zielwert von 0,6 h⁻¹ erreichen.
- Vermeidung einer sommerlichen Überhitzung unter Ausschluss einer aktiven Kühlung.
- Sicherstellung einer optimalen Tageslichtnutzung.
- Ausschließlicher Einsatz erneuerbarer Energieträger für das Heizsystem. Es ist eine Wärmepumpe angedacht.
- Mit Ausnahme der Turnhalle, ist eine dezentrale Warmwasserbereitung vorzusehen.
- Eine Photovoltaikanlage bevorzugt in Ost-West-Ausrichtung, mit einer Leistung von ca. 80 kWp (ca. 600 m²) ist vorzusehen.
- Verwendung ökologischer Baumaterialien: Zur Minimierung des Treibhauspotentials, der grauen Energie, sowie des Schadstoff- und Chemikalieneinsatzes sind für die Planung, Ausschreibung und Realisierung des Projektes die ÖkoBauKriterien des „baubookökologischeschreiben (www.baubook.at/oea)“ anzuwenden.
- Um die Umsetzung der energetischen und ökologischen Ziele zu gewährleisten, plant die Marktgemeinde Lustenau das Projekt mit den Partnern des Servicepaketes „Nachhaltig: Bauen in der Gemeinde“ zu realisieren.

1.4 Technische Angaben

Das Raumprogramm für die Kindergarten- und Schulnutzung umfasst ca. 5.600 m² Nettanutzfläche. Die Ausloberin geht dafür von Nettoerrichtungskosten in der Höhe von ca. € 30 Mio. aus (netto, ohne Kosten für Ersatzräume während der Bauphase).

1.5 Voraussichtliche Planungs- / und Realisierungstermine

Beginn Planungsarbeiten:	Ende	2019
Baubeginn:	Anfang	2021
Baufertigstellung:		2023

1.6 Verfügbarkeit des Auftragnehmers

Der nach dem Wettbewerb ermittelte Auftragnehmer ist verpflichtet, soweit notwendig, seine Leistungen in Lustenau zu erbringen. Insbesondere hat er ab Beginn der Planungsarbeiten nachweislich sicherzustellen, dass seine Mitwirkung bei den vor Ort erforderlichen Planer-, Nutzer- und Bauabstimmungsbesprechungen usw. kurzfristig gewährleistet ist. Eine solche kurzfristige Verfügbarkeit ist gegeben, wenn die Anreisezeit seiner Fachkräfte nach Aufforderung durch Vertreter des Auftraggebers höchstens einen halben Arbeitstag beträgt. Der Auftragnehmer kann diesem Erfordernis beispielsweise mit einem geeigneten und informierten Subunternehmer entsprechen.

1.7 Wettbewerbsphasen

1. Phase
Aus den nach EU-weiter Bekanntmachung zeitgerecht eingelangten Teilnahmeanträgen werden in der KW 6-8/2019 **maximal 30 Bewerber** anhand der in diesen Unterlagen definierten Auswahlkriterien vom Preisgericht als Teilnehmer ausgewählt.
2. Phase
Anschließend werden die ausgewählten Teilnehmer zur Vorlage von Wettbewerbsarbeiten eingeladen. **Alle Unterlagen der 2. Phase** (gemäß Definition in den Auslobungsunterlagen der 2. Phase) sind von den ausgewählten Teilnehmern nicht elektronisch sondern **in Papierform bzw. physisch** (z.B. Modell) beim Wettbewerbsorganisator einzureichen. Der Wettbewerb ist einstufig vorgesehen. Falls das Preisgericht zu keiner Entscheidung gelangt, sind die vom Preisgericht bestimmten Projekte zu überarbeiten.

1.8 Absichtserklärung

Es ist beabsichtigt, den Verfasser des mit dem ersten Preis ausgezeichneten Projektes (Gewinner) mit den Planungsleistungen wie unten bei Punkt a) beschrieben zu beauftragen. Verhandlungsziel ist der Abschluss eines Vertrags, welcher die für die „Planung Campus Rotkreuz, Lustenau“ notwendigen Planungsleistungen zum Gegenstand hat. Das betreffende Vergabeverfahren und auch das daraus resultierende Vertragsverhältnis bilden keinen Bestandteil dieses Wettbewerbs.

a) Verhandlungsgegenstand

Gegenstände des beabsichtigten Verhandlungsverfahrens sind:

- die Festlegung des Leistungsumfanges
Es wird beabsichtigt den/die Gewinner des Wettbewerbsverfahrens mit Weiterführenden Planungen zu beauftragen. Mindestens mit den Leistungsphasen 1-5 sowie der Leistungsphase 7 laut LM.VM.2014. Weiterführende Beauftragungen (z.B. Kostenermittlungsgrundlage, Mitwirkung bei der Vergabe, ÖBA oder Fachplaner-Leistungen) sind möglich, es besteht darauf aber kein Anspruch. Die Ausloberin behält sich vor, mit dem Sieger des Wettbewerbs über die Vergabe einer Generalplanungsleistung zu verhandeln.
- das Honorar,
Berechnung nach LM.VM.2014. Gebäudeteile mit Umbaumaßnahmen werden abgegrenzt und das Planungshonorar dafür, mit den entsprechenden Umbauschlägen berechnet. Das Preisgeld wird dem Honorar angerechnet.
- die Höhe der Berufshaftpflichtversicherung

1.9 Rechtsgrundlagen

Es ist österreichisches Recht mit Ausschluss der Kollisionsnormen und des UN-Kaufvertragsrechts anzuwenden. Als Gerichtsstand wird das zuständige Gericht am Standort der Ausloberin vereinbart. Bei Widersprüchen von Rechtsgrundlagen gelten in nachstehender Reihenfolge:

1. Schriftliche Fragenbeantwortung durch die Ausloberin,
2. Wettbewerbsunterlagen (Phasen 1 und 2) für diesen Wettbewerb,
3. Bundesvergabegesetz 2018 in der zum Zeitpunkt der Einleitung des Verfahrens geltenden Fassung,
4. Wettbewerbsstandard Architektur - WSA 2010

1.10 Wettbewerbssprache

Deutsch ist in allen Phasen des Verfahrens Wettbewerbs- und Korrespondenzsprache. Werden von einem Bewerber Unterlagen oder Nachweise in einer anderen Sprache als Deutsch vorgelegt, sind beglaubigte deutsche Übersetzungen beizulegen.

1.11 Geheimhaltungspflicht

Der Bewerber hat seine Bewerbungs- und Teilnahmeunterlagen so vorzulegen, dass seine Referenzprojekte für das Preisgericht anonym bleiben. Das Preisgericht ist bei seinen Entscheidungen unabhängig. Die Entscheidungen des Preisgerichtes sind in allen Fach- und Ermessensfragen endgültig und unanfechtbar.

1.12 Allgemeine Hinweise

- Alle in den Wettbewerbsunterlagen verwendeten personenbezogenen Ausdrücke umfassen Frauen und Männer gleichermaßen und sind in der jeweils geschlechtsbezogenen Form zu verwenden.
- Für die Teilnahme an der Wettbewerbsphase 1 erhalten die Bewerber keine Unkostenbeiträge oder sonstigen Zahlungen. In der Wettbewerbsphase 2 sind für prämierte Wettbewerbsarbeiten Preisgelder vorgesehen (siehe 1.16.3).
- Bewerber und Teilnehmer haben für die Einhaltung von Terminen und Fristen Sorge zu tragen. Zusendungen müssen für die Ausloberin porto- und spesenfrei sein. Transport und Versand von mit dem Wettbewerb in Zusammenhang stehenden Unterlagen und Mitteln erfolgen ausschließlich auf Risiko der Bewerber bzw. Teilnehmer.
- Den Wettbewerbsbestimmungen widersprechende, fehlerhafte oder unvollständige Teilnahmeanträge und Wettbewerbsarbeiten führen zum Ausscheiden des betreffenden Bewerbers oder Teilnehmers, wenn deren Mängel nicht behoben wurden oder nicht behebbar sind. Reicht ein Bewerber oder Teilnehmer Unterlagen nicht innerhalb einer gesetzten Nachfrist ein, wird er unmittelbar und zwingend ausgeschieden.
- Der Bieter bestätigt mit Abgabe des Teilnahmeangebotes, dass er die Bestimmungen der Datenschutz-Grundverordnung (EU) 2016/679 einhält und allenfalls erforderliche Einwilligungen von Dritten eingeholt und dokumentiert hat.

1.13 Kooperationsvermerk der Kammer der Architekten und Ingenieurkonsulenten

Als am Verfahrensort zuständige Berufsvertretung hat die Kammer der Architekten und Ingenieurkonsulenten die Auslobungsunterlagen hinsichtlich der Wahrung der Berufsinteressen der TeilnehmerInnen überprüft. Mit Schreiben vom 12.12.2018 hat die Kammer ihre Kooperation mit der Ausloberin durch Bekanntgabe der Verfahrensnummer 38/18 bekundet und ihre Preisrichter nominiert.

1.14 Wettbewerbstermine

Folgender Terminplan ist für die Abwicklung des Realisierungswettbewerbes vorgesehen:

22. Dezember 2018 Tag der Absendung der Wettbewerbsbekanntmachung an das Amt für amtliche Veröffentlichungen der Europäischen Union

22. Jänner 2019
12.00 Uhr

Abgabeschluss für die Teilnahmeanträge

Februar 2019
KW 6–KW 8

Konstituierende Sitzung des Preisgerichtes
Auswahl der Teilnehmer durch das Preisgericht

voraussichtlicher weiterer Ablauf:

Februar 2019, KW9	Aussendung der Wettbewerbsunterlagen der 2. Phase
März/April 2019 KW 12 - 14	Hearing mit Besichtigung sowie Ausgabe der Modellgrundplatte
April 2019, KW 15	Frist Fragenstellung
April 2019, KW 17	Fragenbeantwortung
Juni 2019, KW 25	Abgabeschluss für die Vorlage von Wettbewerbsarbeiten
Juli 2019, KW 29-30	Sitzung des Preisgerichtes

1.15 Zusammensetzung des Preisgerichtes

Hauptpreisrichter:

SachpreisrichterIn

Dr. Kurt Fischer, Bürgermeister Marktgemeinde Lustenau
 Walter Natter, Vizebürgermeister Marktgemeinde Lustenau
 Mag. Doris Dabros, Bildungsreferentin Marktgemeinde Lustenau
 DI Bernhard Kathrein, Gemeindeplanung Marktgemeinde Lustenau

FachpreisrichterIn:

Arch. Matthias Bär, Dornbirn
 Arch. Helmut Kuess, Bregenz
 Architektin Susanne Fritzer, Graz
 Architektin Marta Schreieck, Wien (Nominierung Architektenkammer)

Ersatzpreisrichter

Ersatz-SachpreisrichterIn

Dr. Susanne Andexlinger, Gemeinderätin (Ersatz BM Kurt Fischer)
 Daniel Steinhofer, Gemeinderat (Ersatz Walter Natter)
 Christine Bösch-Vetter, Gemeinderätin (Ersatz Doris Dabros)
 Ing. Eugen Amann, Abteilungsleiter Hochbau (Ersatz Bernhard Kathrein)

Ersatz-FachpreisrichterIn

Arch. Bernd Riegger, Dornbirn (Ersatz Matthias Bär)
 Arch. Christian Lenz, Dornbirn (Ersatz Helmut Kuess)
 Arch. Petra Friedl, Graz (Ersatz Susanne Fritzer)
 Mag. Arch. Benny Meier, Villach (Ersatz Marta Schreieck)

Alle Fachpreisrichter wurden in Abstimmung mit der Architektenkammer bestimmt.
 Zusätzlich sind Berater ohne Stimmrecht an der Jurysitzung teilnahmeberechtigt.

1.16 Vorinformation zur Einreichung der Wettbewerbsarbeiten (2. Phase)

Der detaillierte Leistungsumfang ergibt sich aus den Wettbewerbsunterlagen für die 2. Phase, die ausschließlich den ausgewählten Teilnehmern zugesendet werden. Diese Unterlagen werden in digitaler Form zur Verfügung gestellt, die Modellgrundplatte wird beim Hearing ausgegeben. Ein Versand der Modellgrundplatte erfolgt nur auf Rechnung und Gefahr der Wettbewerbsteilnehmer. Die Einreichung der Wettbewerbsarbeiten und Unterlagen der 2. Phase hat in Papierform bzw. physisch zu erfolgen.

1.16.1 Leistungsumfang der Wettbewerbsarbeit

- Ausarbeitung eines Vorentwurfes im Maßstab **1:200** mit Darstellung der städtebaulichen, architektonischen und innenräumlichen, funktionellen und konstruktiven Lösungen, der Umsetzung des Raum- und Funktionsprogramms, sowie Angaben über die Wirtschaftlichkeit der Errichtung und Nutzung (Konstruktionsprinzip, Beschreibung der Haustechnik).
- Erstellen eines Massenmodells im Maßstab 1:500 auf Basis der bereitgestellten Modellgrundplatte.

1.16.2 Beurteilungskriterien für die Wettbewerbsarbeiten

Die Bewertung durch das Preisgericht erfolgt auf Basis des Vorentwurfes, der Angaben und des Modells gemäß folgender Kriterien (die Auflistung der Kriterien stellt keine Reihung dar):

- Städtebauliche Lösung
- Funktionelle Lösung und Umsetzung des Raum- und Funktionsprogramms
Übereinstimmung mit den pädagogischen Konzepten der Bildungseinrichtungen
- Architektonische und innenräumliche Gestaltungsqualität
- Wirtschaftlichkeit der Errichtung und Nutzung
- Konstruktive Lösung
- Energetisches und ökologisches Konzept

1.16.3 Preisgelder

Für die prämierten Wettbewerbsarbeiten sind insgesamt €100.000,-- als Preise (exkl. Umsatzsteuer) vorgesehen. Davon entfallen auf:

1. Preis	€ 25.000,--
2. Preis	€ 20.000,--
3. Preis	€ 15.000,--
und 4 Anerkennungspreise zu je	€ 10.000,--

1.16.4 Vorbehalt

Der Projektverfasser ist im Falle einer Beauftragung verpflichtet (siehe Pkt. 1.7), aus zwingenden städtebaulichen, formalen, sachlichen oder wirtschaftlichen Rücksichten erfor-

derliche Änderungen des Projektes vorzunehmen, sofern die wesentlichen Entwurfsmerkmale des Siegerprojektes in die weitere Planung übernommen werden (Empfehlungen des Preisgerichtes). Das Preisgeld wird auf das Planungshonorar angerechnet.

1.16.5 Urheberrechte

Die Ausloberin hat das Recht der Veröffentlichung der eingereichten Projekte (z.B. Pläne, Skizzen, Modelle und sonstigen Dokumentationen und Schriftstücke), sofern er die Verfasser nennt.

Das geistige Eigentum (Urheberrecht) und die daraus resultierenden Verwertungsrechte an den eingereichten Projekten verbleiben bei den Verfassern. Davon umfasst ist insbesondere das Recht der Ausführung oder Abänderung des Bauwerkes bzw. des Nachbaues durch Dritte. Nur unter der Bedingung der Beauftragung und der darauf folgenden vollständigen Vertragserfüllung, erhält der Auftraggeber das Recht, das Werk des Auftragnehmers zum vertraglich bedungenen Zweck zu benutzen.

Das sachliche Eigentumsrecht an Plänen, Modellen und sonstigen Ausarbeitungen der prämierten Wettbewerbsarbeiten geht durch die Bezahlung des Preisgeldes an die Ausloberin über.

2 Eignungskriterien und Nachweise

Der Bewerber erklärt, dass er für die Erbringung der Leistungen alle erforderlichen rechtlichen, fachlichen und technischen Voraussetzungen besitzt.

Der Bewerber erklärt mit Unterfertigung des Teilnahmeantrags im Formblatt 1, dass alle unter 2.2 angeführten Eignungskriterien erfüllt sind und die festgelegten Nachweise bei Aufforderung unverzüglich erbracht werden können (Eigenerklärung gemäß § 70 Abs. 2 BVergG).

Diese Eignungsnachweise werden bei allen ausgewählten Teilnehmern bei der Ausgabe der eigentlichen Wettbewerbsunterlagen eingeholt (Phase 2, siehe Abschnitt 1.7.) und sind innerhalb einer Woche zu liefern.

Sämtliche geforderten Nachweise sind dann in aktueller Fassung vorzulegen. Sofern sich die Aktualität der einzelnen Nachweise nicht aus den Teilnahmeunterlagen ergibt, dürfen diese bei Vorlage nicht älter als drei Monate sein.

Nachweise sind in Kopie beizulegen. Fremdsprachige Nachweise sind in Kopie und in notariell beglaubigter Übersetzung abzugeben.

Über die hier in den Punkten 2.1 bis 2.3 genannten Nachweise, ist der Auftraggeber über entsprechendes Verlangen berechtigt, binnen 7 Tagen Unterlagen für die Nachweise der beruflichen Zuverlässigkeit sowie der finanziellen, wirtschaftlichen und technischen Leistungsfähigkeit gemäß §§ 69 bis 77 BVergG 2018 (z.B. Bonitätsauskunft) zu verlangen.

2.1 Ausschlussgründe

Bewerber werden jedenfalls, ungeachtet dessen, in welcher Phase sich der Wettbewerb befindet, ausgeschlossen, wenn

- a. gegen sie ein Insolvenzverfahren eingeleitet oder die Eröffnung eines Insolvenzverfahrens mangels hinreichendem Vermögen abgewiesen wurde,
- b. sie sich in Liquidation befinden oder ihre gewerbliche Tätigkeit eingestellt haben,
- c. die Auftraggeberin Kenntnis von einer rechtskräftigen Verurteilung gegen sie oder – sofern es sich um juristische Personen, eingetragene Personengesellschaften oder Arbeitsgemeinschaften handelt – gegen in deren Geschäftsführung tätige physische Personen hat, die einen der folgenden Tatbestände betrifft: Mitgliedschaft bei einer kriminellen Organisation (§ 278a StGB), Bestechung (§§ 302, 307, 308 und 310 StGB; § 10 UWG), Betrug (§§ 146 ff StGB), Untreue (§ 153 StGB), Geschenkannahme (§ 153a StGB), Förderungsmisbrauch (§ 153b StGB) oder Geldwäscherei (§ 165 StGB) bzw. einen entsprechenden Straftatbestand gemäß den Vorschriften des Landes in dem der Unternehmer seinen Sitz hat;
- d. sie ihre Verpflichtungen zur Zahlung der Sozialversicherungsbeiträge oder der Steuern und Abgaben nicht erfüllt haben, oder
- e. sie falsche Angaben oder Auskünfte gemacht haben, die von wesentlichem Einfluss auf das Vergabeverfahren sind.
- f. Ausschlussgründe gemäß WSA vorliegen,
- g. der Teilnahmeantrag oder die Wettbewerbsarbeit verspätet einlangt.
- h. Bei Vorliegen von Interessenkonflikten mit folgenden am Verfahren beteiligten Personen: Mitglieder des Preisgerichtes, Verfahrensbetreuer, am Verfahren beteiligte Mitarbeiter der Marktgemeinde Lustenau (Eugen Amann, Michaela Müller, Markus Waibl)

Die allgemeine berufliche Zuverlässigkeit muss spätestens und zumindest zu dem am Deckblatt angegebenen Ende der Teilnahmefrist vorliegen.

Zum Nachweis des Nicht-Vorliegens von Ausschlussgründen sind bei Aufforderung folgende Unterlagen beizulegen:

- Vorlage des letztgültigen Kontoauszuges der zuständigen Sozialversicherungsanstalt oder gleichwertige Dokumente der zuständigen Behörde des Herkunftslandes des Unternehmers.
- Vorlage der letztgültigen Rückstandsbescheinigung gemäß § 229a Bundesabgabenordnung (BAO) der zuständigen Finanzbehörde oder gleichwertige Dokumente der zuständigen Behörde des Herkunftslandes des Unternehmers.
- Auszug aus dem aktuellen Firmenbuch (nicht bei natürlichen Personen) oder jeweils eine gleichwertige Bescheinigung einer Gerichts- oder Verwaltungsbehörde aus der hervorgeht, dass die Erfordernisse gemäß Punkt 2.1 lit a bis c erfüllt sind.

Der Kontoauszug und die Lastschriftanzeige dürfen keine Rückstände aufweisen; sind darin dennoch Rückstände ausgewiesen, wird die Auftraggeberin im Rahmen der Eignungsprüfung den Bewerber unter Fristsetzung zum Nachweis auffordern, dass der Rückstand zwischenzeitlich beglichen wurde.

2.2 Nachweise der Befugnis, der finanziellen, wirtschaftlichen und technischen Leistungsfähigkeit (Eigenerklärung)

Durch elektronische Unterfertigung des Teilnahmeantrags auf der Ankö-Plattform bestätigt der Teilnehmer folgende Eignungskriterien zu erfüllen und die festgelegten Nachweise auf Aufforderung unverzüglich erbringen zu können (Eigenerklärung):

- Eine Urkunde betreffend die im Herkunftsland des Wirtschaftsteilnehmers zur Ausführung der betreffenden Dienstleistung erforderliche Mitgliedschaft zu einer bestimmten Organisation oder die Vorlage der im Herkunftsland des Wirtschaftsteilnehmers zur Ausführung der betreffenden Dienstleistung erforderlichen Berechtigung.
- Nachweis, dass der Wettbewerbsteilnehmer über eine Berufshaftpflichtversicherung mit folgender Mindestdeckungshöhe verfügt: EUR 1.500.000,--. Diese muss spätestens beim Abschluss eines Dienstleistungsauftrages vorliegen.
- Erklärung aus der das jährliche Mittel der vom Wirtschaftsteilnehmer Beschäftigten hervorgeht: Als Mindestanforderung wird, aufgrund der Projektgröße eine Personalkapazität von drei qualifizierten Personen verlangt, die für eine leistungs- und termingerechte Ausführung der Planungsleistungen herangezogen werden können. Dazu ist ggf. erforderlichenfalls der Projektleiter-Stellvertreter gemeinsam mit dem Projektleiter einzusetzen. Der Projektleiter und der Projektleiter-Stellvertreter haben eine Berufserfahrung in der Planung von zumindest 3 Jahren nachzuweisen. Der Nachweis kann auch als Bergewerkschaft erbracht werden (Anhang Formblatt 3 ist auszufüllen).

2.3 Nachweis von Referenzen

2 Referenzprojekte unter Einhaltung folgender Mindestanforderungen sind von allen Bewerbern bei Abgabe des Teilnahmeantrags durch Upload auf die Ankö-Plattform beizulegen:

- **2 Referenzprojekte** unter Einhaltung folgender Mindestanforderungen:
 - Wenn ein Bewerber mehr als 2 Referenzprojekte einreicht, werden nur die Referenzprojekte 1 und 2 bewertet.
 - Beim **Referenzprojekt 1** ist der Nachweis der Planung und Umsetzung eines öffentlichen Gebäudes gefordert. Die Baukosten (KB 1-6 laut ÖNORM B 1801-1) müssen für dieses Projekt mind. € 3,0 Mio. (exkl. UST) betragen. Der Bewerber muss zumindest die wesentlichen Leistungen wie Entwurf, Einreichung und Ausführungsplanung, sowie die künstlerische Oberleitung erbracht haben. Das Gebäude muss bereits fertiggestellt sein.

- Das zweite Referenzprojekt kann frei gewählt werden. Es muss sich entweder um ein fertiggestelltes Projekt oder um einen Wettbewerbsbeitrag für eine vergleichbare Bildungseinrichtung handeln.
- Die Referenzprojekte sind auf dem entsprechenden Formblatt 4 zu charakterisieren.
- Zu jedem Referenzprojekt ist eine Projektdarstellung und Projektbeschreibung (Lageplan, Fotos, Schnitte, verbale Kurzbeschreibung etc.) zu erstellen
- Die Projektdarstellungen sind als pdf-Datei digital auf der Ankö-Plattform einzureichen und dürfen beim Ausdruck das Papierformat DIN A3 nicht überschreiten. Sie werden vom Verfahrensorganisator einheitlich auf Papier der Qualität „Color Copy“ weiß, 160g/m², oder gleichwertigem Papier ausgedruckt.
- Auf den Blättern ist jeglicher offensichtlicher Hinweis (Büroname etc.) auf den Urheber unerwünscht. Die Vorprüfung anonymisiert die Projekte weitgehend. Dass Projekte von einem der Juroren erkannt werden, ist trotzdem nicht auszuschließen.

2.4 Bewerbergemeinschaften

Bewerbergemeinschaften als Zusammenschluss von in vorgenanntem Sinne befugten Unternehmern müssen einen bevollmächtigten Vertreter unter Angabe seiner Adresse (inkl. Faxnummer oder E-Mail Anschrift) im Formblatt 1 namhaft machen.

Der bevollmächtigte Vertreter ist insbesondere berechtigt, für die Bewerbergemeinschaft rechtsverbindliche Erklärungen abzugeben und mit uneingeschränkter Wirkung für jedes Mitglied Zahlungen anzunehmen, sowie Mitteilungen und Post zu empfangen. Jede Person ist an diesem Verfahren nur einmal teilnahmeberechtigt (auch im Rahmen einer Bewerber- bzw. Arbeitsgemeinschaft oder juristischen Person). Eine Mehrfachteilnahme zieht den Ausschluss sämtlicher Wettbewerbsarbeiten, an denen der Verfasser beteiligt ist, nach sich.

Bewerbergemeinschaften geben mit der Unterfertigung die Erklärung ab, dass sie im Auftragsfall die Leistung als Arbeitsgemeinschaft erbringen werden und die Leistungserbringung dem Auftraggeber solidarisch schulden.

Hinsichtlich weiterer Bewerbungsvoraussetzungen für Bewerbergemeinschaften gelten dieselben Bedingungen wie für eine einzelne Bewerbung.

3 Teilnehmerauswahl – Auswahlkriterien (1. Phase)

3.1 Einreichen der Teilnehmeranträge

Folgende Unterlagen sind wie folgt über die Vergabepattform ANKÖ unter <https://www.vergabeportal.at/Account/Login?ReturnUrl=/Procurement/List> einzureichen:

- vollständig in allen vorgesehenen Punkten vom Bewerber ausgefüllte Teilnahmeunterlagen (inkl. entsprechender Formblätter im Anhang I)
- Projektdarstellungen zu den eingereichten Referenzen im PDF-Format. Anmerkung: die Projektdarstellungen werden vom Verfahrensorganisator auf DIN A3 ausgedruckt.
- Zusätzliche Dateien wie z.B. Datenblätter, Nachweise etc. können zudem hochgeladen werden (Empfehlung als zip-Datei)
- Der Antrag ist vom Bewerber rechtsgültig mit einer qualifizierten, elektronischen Signatur auf der Vergabepattform ANKÖ zu signieren und abzugeben.

Achtung: Für die Abgabe über das ANKÖ-Vergabeportal ist eine qualifizierte elektronische Signatur erforderlich (siehe Beiblatt: „Hinweise für die elektronische Einreichung von Teilnahmeanträgen“).

Unterfertigung des Antrages – elektronische Signatur

Die rechtsgültige Fertigung erfolgt im Rahmen der elektronischen Antragsabgabe auf der Vergabepattform ANKÖ durch eine qualifizierte, elektronische Signatur.

Die qualifizierte, elektronische Signatur ist der eigenhändigen Unterschrift per Gesetz gleichgestellt.

Alle dem elektronischen Antrag beigegebenen Unterlagen gelten aufgrund der elektronisch erfolgten Signatur als rechtsgültig unterfertigt und sind daher von allen ihren Inhalten her rechtsverbindlich.

Es gibt verschiedene Möglichkeiten eine qualifizierte, elektronische Signatur abzugeben:

- **Handysignatur:** Um den Antrag mit der Handysignatur zu unterzeichnen, sind die Handynummer und das Signaturpasswort einzugeben. Der per SMS zugesendete TAN ist dann im Onlineformular einzutragen, um die Signatur abzuschließen.
- **Bürgerkarte:** Die Signatur erfolgt mittels Chipkarte (auf der die Bürgerkartenfunktion aktiviert ist) über ein Chipkarten-Lesegerät. Um die Signatur abzuschließen ist ein Passwort einzugeben.

Bei Bergwerksgemeinschaften gibt es folgende Möglichkeiten:

- jedes Mitglied der Bergwerksgemeinschaft hat den Antrag elektronisch zu signieren **oder**

- das vertretungsbefugte Mitglied der Bewerbergemeinschaft signiert elektronisch den Antrag. Diesfalls ist die dafür notwendige Bevollmächtigung des Vertreters nachzuweisen (z.B. durch Hochladen der entsprechenden Vollmacht mit der Abgabe des Teilnahmeantrags)

Bitte beachten Sie die Beilage „Hinweise für die elektronische Einreichung von Teilnahmeanträgen“.

Nähere Informationen zur Bürgerkarte und zur Handysignatur, sowie deren Aktivierung können unter <http://www.buergerkarte.at> abgerufen werden.

Für ausländische Unternehmen gibt es die Möglichkeit den ANKÖ e-Signaturservice auf Basis einer Vollmacht zu nutzen (E-Mail: office@ankoe.at oder Tel: +43 (0)1/3336666-0).

Weiters kann sich eine vertretungsbefugte Person des Unternehmers im Ergänzungsregister für natürliche Personen (<http://archiv.dsb.gv.at/site/6085/default.aspx>) eintragen lassen, um in der Folge eine Handysignatur unter <https://www.a-trust.at/Aktivierung/ro/OfficerData.aspx?t=mobile> zu aktivieren.

3.2 Auswahlkriterien

3.2.1 Auswahl Bewerber

Die Teilnahmeanträge jener Bewerber die keinen Ausschlussgrund aufweisen und alle Eignungskriterien gemäß Pkt. 2 erfüllen, werden bei der Auswahlprüfung nach folgenden Auswahlkriterien bewertet:

- Baukünstlerische Bewertung der eingereichten Referenzprojekte durch das Preisgericht
- Erfahrung bei der Realisierung von Bildungseinrichtungen

Beim Kriterium „**Baukünstlerische Bewertung der eingereichten Referenzprojekte**“ bewertet die Jury die vom Bewerber eingereichten Referenzprojekte 1 und 2. Das Preisgericht bewertet die Referenzprojekte unter Berücksichtigung folgender Kriterien:

- Städtebauliche Qualitäten (Gestaltung der Außenräume, Bezug zur Umgebung)
- Architektonische Qualitäten (Baukünstlerischer Ansatz, Entwurfsidee, Gesamtstruktur, Architektonische Qualität Außen- und Innenraum)
- Funktionelle Qualitäten (Äußere Erschließung, Innere Erschließung, Zuordnung der Funktionsbereiche, Funktionalität der Gesamtlösung, Umgang und Nutzung von eventuell vorhandenen Bestandsgebäuden)
- Auseinandersetzung mit aktuellen pädagogischen Entwicklungen
- Ökonomische Qualitäten (Wirtschaftlichkeit der Gesamtlösung: Investition und Betrieb, energetisch/ökologische Qualitäten)

Beim Kriterium „**Erfahrungen bei der Realisierung von Bildungseinrichtungen**“ wird bei beiden eingereichten Referenzprojekten bewertet, ob es sich bei diesen Projekten jeweils um Bildungseinrichtungen handelt.

In mehreren Durchgängen wird anhand der Qualitätsmerkmale der Bewerberkreis eingegrenzt. Das Preisgericht bewertet die im Teilnahmeantrag eingereichten Referenzen nach den angegebenen Auswahlkriterien und schlägt der Ausloberin maximal 30 Bewerber als Teilnehmer für das Wettbewerbsverfahren (2. Phase) vor.

Sollten Bewerber bis zur Aussendung der Wettbewerbsunterlagen der 2. Phase – aus welchen Gründen immer – aus dem Kreis der vorgeschlagenen Bewerber ausscheiden, rückt eine dementsprechende Anzahl von nächstgereihten Bewerbern - aus diesem Topf - ohne weiteres in den Kreis der besten Bewerber nach.

ANHANG I

Formblatt 1

TEILNAHMEANTRAG

FÜR DIE TEILNAHME AM ARCHITEKTURWETTBEWERB
CAMPUS ROTKREUZ LUSTENAU

Nicht offener Realisierungswettbewerb mit EU-weiter Bekanntmachung

Der Bewerber (bei Bewerbergemeinschaften alle Mitglieder)

.....
Name oder Handelsrechtlicher Firmenwortlaut

.....
Name oder Handelsrechtlicher Firmenwortlaut

.....
Name oder Handelsrechtlicher Firmenwortlaut

.....
Name oder Handelsrechtlicher Firmenwortlaut

Verfügt über folgende Befugnis/Befugnisse:

.....
Angabe der Urkunde(n), die zur Ausführung der ausgelobten Dienstleistungen berechtigt/be-
rechtigen

- Zustellungsbevollmächtigter Vertreter und Ansprechpartner

.....
Name

.....
Anschrift

.....
Telefonnummer und Email

bestätigt durch seine rechtsverbindliche Unterschrift, alle vorangehenden Bestimmungen zur Kenntnis genommen zu haben,

erklärt ausdrücklich, die in diesen Unterlagen enthaltenen Verpflichtungserklärungen aus freien Stücken abzugeben,

erklärt ausdrücklich auf jede nachträgliche Einrede des Irrtums über diese Erklärungen und die sonstigen Bestimmungen dieser Bewerbungsunterlagen verzichten zu wollen

und beantragt die Teilnahme am gegenständlichen Vergabeverfahren

.....
Das Formblatt 1 ist nicht gesondert zu unterfertigen, sondern gilt durch die elektronische Unterfertigung als mitunterfertigt.

Bei Bergewerbergemeinschaften haben entweder alle Bewerber elektronisch zu unterfertigen bzw. ist eine Vollmacht hochzuladen.

Formblatt 2

ERKLÄRUNG BEWERBERGEMEINSCHAFT

TEILNAHMEANTRAG

FÜR DIE TEILNAHME AM ARCHITEKTURWETTBEWERB
CAMPUS ROTKREUZ LUSTENAU

Nicht offener Realisierungswettbewerb mit EU-weiter Bekanntmachung

Wir erklären als Mitglieder der Bietergemeinschaft, dass wir die gesamten Leistungen des gegenständlichen Vergabeverfahrens im Falle einer Beauftragung als solidarisch haftende Erwerbsgesellschaften des bürgerlichen Rechtes (ARBEITSGEMEINSCHAFT) erbringen werden.

Das Formblatt 2 ist nicht gesondert zu unterfertigen, sondern gilt durch die elektronische Unterfertigung als mitunterfertigt.

Formblatt 3

ERKLÄRUNG BETREFFEND NACHWEIS PERSONALKAPAZITÄT

FÜR DIE TEILNAHME AM ARCHITEKTURWETTBEWERB
CAMPUS ROTKREUZ LUSTENAU

Nicht offener Realisierungswettbewerb mit EU-weiter Bekanntmachung

NACHWEIS DER PERSONALKAPAZITÄT						
<p>Als Mindestanforderung wird aufgrund der Projektgröße eine minimale Personalkapazität von mindestens drei für Planungsleistungen qualifizierten Personen verlangt, die für eine leistungs- und termingerechte Ausführung der ausgeschriebenen Dienstleistung herangezogen werden können. Der Nachweis kann als Einzelfirma oder als Bietergemeinschaft erbracht werden.</p> <p>Der Nachweis ist anhand des entsprechenden Formblattes zu erbringen, auf dem für die Projektleitung und Projektleitungsstellvertretung vorgesehenen Personen anzuführen sind.</p> <p><u>Anmerkung:</u> Der Bieter hat die entsprechend grau unterlegten Felder auszufüllen. Im Falle von Bietergemeinschaften sind die Firmen mit den jeweiligen Beschäftigten nacheinander anzugeben. Die Liste ist ggf. zu erweitern (Beilage).</p>						
	Name des/der Beschäftigten	Titel	Funktion	Ausbildung	Alter	Eintritts-Datum in das Unternehmen
1						
2						
3						
4						
5						

Das Formblatt 3 ist nicht gesondert zu unterfertigen, sondern gilt durch die elektronische Unterfertigung als mitunterfertigt.

Formblatt 4

ERKLÄRUNG BETREFFEND NACHWEIS REFERENZPROJEKTE

FÜR DIE TEILNAHME AM ARCHITEKTURWETTBEWERB
CAMPUS ROTKREUZ LUSTENAU

Nicht offener Realisierungswettbewerb mit EU-weiter Bekanntmachung

NACHWEIS REFERENZPROJEKT 1	
<p>Der Nachweis ist anhand eines Referenzprojektes für ein öffentliches Gebäude zu erbringen. Der Bewerber muss beim Referenzprojekt zumindest die wesentlichen Leistungen wie Entwurf, Einreichung und Ausführungsplanung, sowie die künstlerische Oberleitung erbracht haben.</p> <p>Das Referenzprojekt muss bereits fertiggestellt sein und die Baukosten (KB 1-6 laut ÖNORM B 1801-1) müssen mind. € 3.000.000,- (exkl. UST.) betragen.</p>	
Name und Art des Referenzprojektes: (Kurzbeschreibung und Schwierigkeitsgrad)	
Angabe Leistungsumfang:	
Baukosten in Euro: (KB 1-6 lt. ÖNORM B 1801-1 exkl. UST)	

<p>Auftraggeber (AG) und Kontaktperson: (jeweils Name, Adresse, Telefonnummer)</p>	
<p>Bearbeitungszeitraum:</p>	<p>Beginn – Ende (Monat/Jahr)</p> <p>...../.... bis/.... = Monate</p>

NACHWEIS REFERENZPROJEKT 2	
Das zweite Referenzprojekt kann frei gewählt werden. Es muss sich entweder um ein fertiggestelltes Projekt oder um einen Wettbewerbsbeitrag für eine vergleichbare Bildungseinrichtung handeln.	
Name und Art des Referenzprojektes: (Kurzbeschreibung und Schwierigkeitsgrad)	
Angabe Leistungsumfang:	
Baukosten in Euro: (KB 1-6 lt. ÖNORM B 1801-1 exkl. USt.)	
Auftraggeber (AG) und Kontaktperson bzw. Bezeichnung der Wettbewerbsaufgabe: (jeweils Name, Adresse, Telefonnummer)	
Bearbeitungszeitraum:	Beginn – Ende (Monat/Jahr) /.... bis/.... = Monate

Das Formblatt 4 ist nicht gesondert zu unterfertigen, sondern gilt durch die elektronische Unterfertigung als mitunterfertigt.